

Dresdner Neueste Nachrichten

Abonnement: Die 24 von heute bis zum 31. Juli 1926. Die Zeitungspreise im Ausland sind höher. Die Zeitungspreise im Ausland sind höher. Die Zeitungspreise im Ausland sind höher.

Unabhängige Tageszeitung mit Handels- und Industrie-Zeitung

Bezugspreise: In der Stadt Dresden 1 R.-Mark monatlich. Im Ausland 2 R.-Mark monatlich. Einzelnummer 10 R.-Pfennig.

Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle Dresden-N., Ferdinandstr. 4. • Fernruf: 2 024, 2 791, 2 792, 2 793. • Telegramme: Neueste Dresden. • Postfach: Dresden 2060

Ar. 173

Dienstag, 27. Juli 1926

XXXIV. Jahrg.

6 Milliarden Steuern in 2 Monaten

Poincaré's Sanierungsplan — Kein Eintritt Deutschlands in den Völkerbund ohne Verminderung der Truppenzahl im Rheinland?

„Vertrauen ist alles“

Poincaré als finanzpolitischer Genie

Telegramm unseres Korrespondenten in Paris, 26. Juli

Poincaré legte schweigend dem Ringer auf den Mund, als gestern Abend die Journalisten nach Beendigung des Ministerrats von ihm Neuigkeiten erfahren wollten, und Lardieu, der den etwas erschrockenen Ministerpräsidenten beim Einsteigen in das Auto hüllte, antwortete gedehnt: „Wir haben dem Kaiserlichen Hof keine Nachricht zu übermitteln.“

Die beiden Minister waren nicht gesprächiger. Poincaré ließ, als man ihn um eine Mitteilung bat, auf Orestias. Aber der begnügte sich mit der Bemerkung: „Der Unterrichtsminister wird in allen Schulen eine Tafel mit den Worten andringen lassen: Vertrauen ist alles!“

Über die Finanz- und Steuerpläne der Regierung ist bis jetzt folgendes mitteilen: Der Reichstag hat die Vorarbeiten der Regierung in der Hinsicht der Steuer- und Versteigerungsgesetze genehmigt. Die Steuerpläne der Regierung sind im Juli 1926 in der Kommission für die Steuerpläne genehmigt worden.

Nach in der Finanzpresse, die bisher von einer regierungswidrigen Stimmung der radikalen Kreise sprach, ist unterdessen ein Umschwung eingetreten. Man glaubt, daß die Opposition in der Kammer im wesentlichen auf Sozialisten und Kommunisten beschränkt wird.

Parteilpolitische Umgruppierungen

Eine große liberale Partei der Mitte?

B. Berlin, 26. Juli. (Eig. Drahtbericht)

Es war schon dieser Tage von der „Frankfurter Zeitung“ angedeutet worden, die Aktion Dr. Wirths würde zunächst nur in einer Zeitschrift bestehen. Das wird heute von dem parlamentarischen Mitarbeiter der „Welt am Montag“ unterstrichen.

Nach Ihren bisherigen Versicherungen las es nicht in Ihrer Absicht, eine neue Partei zu schaffen. Sie wolle nur die Basis bilden, auf der sich ein gewisser Ausgleich zwischen den Tendenzen und Meinungen der im allgemeinen liberal orientierten Elemente in den verschiedenen Fraktionen finden lassen könne.

Wieweil diese Bemühungen, eine große Mitte zu bilden, von Erfolg begleitet sein werden, ist angeht die Zerstückelung unseres politischen Lebens natürlich bedeuten noch nicht zu sagen.

Keine Arbeitsgemeinschaft der Rechten

Volksparteiliche Ablehnung

Stuttgart, 26. Juli. Das Organ der Deutschen Volkspartei in Württemberg nimmt in folgenden bemerkenswerten Ausführungen zu einem Vorschlag der württembergischen Deutschnationalen, eine Arbeitsgemeinschaft im Sinne des Sammlungsartikels „Farras“ zu bilden, Stellung:

„In den Kreisen der Deutschen Volkspartei steht man der Anregung sehr ablehnend gegenüber. Wenn man die Dinge parteipolitisch ansieht, liegt aller Vorteil auf Seiten der Deutschnationalen, aller Nachteil auf Seiten der Deutschen Volkspartei. Die Deutschnationalen kämpfen gegenwärtig einen sehr schweren Kampf um die Gunst der Wähler, die sie für sich zu gewinnen suchen. In Ihren eigenen Kreisen wird sowohl Ihre Haltung in den auswärtigen Fragen wie beim Fiskusprogramm, wie überhaupt die Fiskuspolitik, die Sie getrieben haben, heftig kritisiert.“

Die deutsche Regierung beschließt, durch Herrn v. Goetz genaue Vorstudien unterbreiten zu lassen, die sich auf diese Frage beziehen.

Gegen das Sanierungsprojekt

Telegramm unseres Korrespondenten in Paris, 26. Juli

Nach Schluß des gestrigen Ministerrats der Regierung kündigte Kriegsminister Poincaré folgendes an: „Die Vorschläge, die wir ausgearbeitet haben, werden keine Begünstigung im Lande erwecken. Zugleich wird nicht anders abzuwarten, als sie anzunehmen, denn wir haben eine andere Lösung nicht gefunden.“

Die englischen Gesandten gegen die Transportarbeiter-Internationale. London, 26. Juli. (Reuter.) Der Nationalverband der englischen Seelen hat auf der Schlußtagung seiner hier abgehaltenen Jahrestagung den Beschluß gefaßt, mit sofortiger Wirkung aus dem Internationalen Transportarbeiterverband auszutreten.

Arbeitsbeschaffung

Die Länderkonferenz in Berlin

WTR, Berlin, 26. Juli

Im Reichsarbeitsministerium fanden am 26. und 27. Juli über das Programm der Reichsregierung zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit Beratungen mit den Vertretern der Landesregierungen statt, nachdem am 21. und 22. Juli die Frage der Arbeitsbeschaffung im Verwaltungsrat der Reichsarbeitsverwaltung und mit den Spitzenorganisationen der Kommunalverbände erörtert worden war.

Die Vertreter der Länder wurden im einzelnen über die Befehle der Reichsregierung und über den gegenwärtigen Stand der verschiedenen Maßnahmen unterrichtet. Das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsregierung fand die grundsätzliche Zustimmung der Länder. An den Arbeiten der von der Reichsregierung eingesetzten Ministerialkommission für Arbeitsbeschaffung sollen die Länder in der Weise beteiligt werden, daß jedes Land bei den Befehlen, die es unmittelbar berühren, mittelbar im übrigen soll die Kommission durch zwei ständige Vertreter der Länder ergänzt werden.

Umgehend erörtert wurde dann die Verwendung der 100 Millionen Reichsmark, die der Reichsfinanzminister nach den Beschlüssen des Reichstages zur Verfügung der bisherigen Reichsmittel für die produktive Erwerbslosenfürsorge zur Verfügung gestellt hat. Da dieser Betrag auf dem Anleihemarkt anzuwenden ist, muß seine Verwendung für produktive Anlagen unbedingt sichergestellt sein. Die Arbeiten, die aus diesem Fonds gefördert werden, sollen in Regelfällen vorgenommen werden, die besonders unter Arbeitslosigkeit leiden. Bei der Auswahl geeigneter Arbeiten soll die Ministerialkommission mitwirken. Für die Anlage der Darlehen, die Reich und Länder für diese Arbeiten gewähren, sind gewisse Sicherheiten in Aussicht genommen. Außerdem soll es in Zukunft auch möglich sein, aus Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge öffentlichen Körperschaften für Kautellen, die sie für umfangreiche Notstandsarbeiten von besonderem volkswirtschaftlichen Wert selbst aufnehmen, eine Hinderverbürgung zu erwirken.

Leipzigs Anschluß an den Mittellandkanal

Wie wir erfahren, nähern sich die Verhandlungen über die Fertigstellung des Mittellandkanals ihrem Abschluß. Die für die Sachsen insofern von besonderer Bedeutung, als damit auch der Bau des Elber-Saale-Kanals und damit der Anschluß von Leipzig an das mitteldeutsche Wasserstraßennetz in greifbare Nähe gerückt wird. Der Elber-Saale-Kanal ist auf eine 70-jährige Lebensdauer geschätzt. Bereits im Jahre 1880 wurde er von einem der maßgebendsten Leipziger Bürger, Carl Heine, in Angriff genommen. Der Fortschritt des Werkes stieß jedoch unüberwindliche Schwierigkeiten, sowohl finanzieller wie politischer Natur (die Kanalbreite verläuft nur zum kleineren Teil auf sächsischem, zum größeren auf preussischem Gebiet), entgegen. In den folgenden Jahrzehnten wurde der Plan immer wieder von neuem aufgenommen, zum Teil auch ergänzt durch den Plan eines Stichkanals von Leipzig nach Aitzsch zu einem greifbaren Ergebnis ist es jedoch bisher nicht gekommen. Mit dem Uebertrag der Wasserstraßen an das Reich trat die Frage in ein neues Stadium. Es begann nun der Kampf um die Ausführung der sogenannten Sächsischen Mittellandkanäle, die ursprünglich zwischen Okersteden und Wansleben von der Nordseite abgemessen und bis nach Leipzig durchgeführt werden sollte.

Nach diesem Projekt ist wegen der außerordentlichen Geländeschwierigkeiten und den damit verbundenen hohen Kosten schließlich fallengelassen worden. Dem vom Reichsverkehrsministerium nunmehr aufgegeben und als unmöglich zu betrachtende Plan wird die natürliche Wasserläufe von Elbe und Saale benützt. Die Saale, die für 400 Tonnenschiffe schon jetzt bis Halle schiffbar ist, soll durch entsprechenden Ausbau für 1000 Tonnenschiffe befahrbar gemacht werden, und zwar über Halle hinaus bis Freypan, wo der Elber-Saale-Kanal von Leipzig her einmünden wird. Außerdem ist am Unterlauf der Saale ein Stichkanal von Bernburg nach Stehfurt und Leopoldsdorf vorgesehen. Die Wasserleitung soll durch Ausbau der Talpferren im oberen Saaleetal geändert werden. Diese gesamte neue Sächsisch-Preussische Elbe-Saale-Regelung, mit dem erweiterten Stichkanal,